D-01

Eindämmung, Erholung und Erneuerung

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat - Digital
2. Mai 2020

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	27.04.2020
Tagesordnungspunkt:	C Corona und die Folgen

Das Corona-Virus hat die Menschheit in einen Ausnahmezustand versetzt. Wir betrauern bereits über 200.000 Tote und großes Leid. Um die Pandemie zu bekämpfen, wurde das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben auf der ganzen Welt weitgehend angehalten, mit dramatischen Auswirkungen: Menschen verlieren ihre Arbeit, sozialer Stress und häusliche Gewalt nehmen zu. Die Welt steht vor einer tiefgreifenden Rezession.

Noch befinden wir uns mitten in der Pandemie. Es gilt – mit aller Kraft – die Zahl der Opfer so gering wie möglich zu halten und zugleich einen sozialen und ökonomischen Zusammenbruch zu verhindern. Dafür müssen wir weiter große Vorsicht walten lassen und lernen, für eine längere Zeit mit dem Virus zu leben und es zugleich immer besser und zielgenauer zu bekämpfen.

Corona ist eine globale Herausforderung, auf die es eine globale Antwort geben muss. Kein Staat kann sie allein bewältigen. Das gilt vor allem für uns in Europa. Wir müssen Wege aus der Krise konsequent europäisch denken. Nur europäisch kommen wir durch diese schwere Zeit, nur gemeinsam werden wir die Pandemie bekämpfen und unsere Wirtschaft wieder auf die Beine bringen können. Europas Zusammenhalt hat bereits großen Schaden genommen. Wir müssen jetzt alles dafür tun, dass das Friedenprojekt Europa zum historischen Kurs der Integration zurückfindet.

Niemand weiß, wie lange diese globale Ausnahmesituation andauern wird, niemand kann das tatsächliche Ausmaß und die Auswirkungen wirklich absehen. Aber die Krise zeigt uns bereits heute, wie wichtig vorausschauendes politisches Handeln ist. An unserer Zukunftsfähigkeit und Krisenresilienz zu arbeiten, wird am Ende den Unterschied machen.

In der Not zeigt sich, worauf es ankommt: auf Gemeinsinn, Solidarität und Humanität. Auf die Erkenntnis, dass deutsche und europäische Interessen eins sind. Auf starke internationale Institutionen. Auf die Robustheit von Wirtschaft, Gesundheits- und Sozialsystemen. Auf eine starke Daseinsvorsorge. Auf die Stärke derer, die man in der Gesellschaft oft nicht sieht: Lastwagenfahrer*innen, Erntehelfer*innen, Kassierer*innen, Reinigungskräfte und Pfleger*innen. Auf die vielen Frauen, die nicht nur in schlecht bezahlten CareBerufen, sondern auch in vielen Familien alles am Laufen halten. Auf bessere Löhne in systemrelevanten Berufen. Auf eine neue Politik der Sicherheit – vorsorgend, widerstandsfähig, umfassend und europäisch. Wir brauchen ein neues, ein nachhaltiges Sicherheitsversprechen.

Dass diese Erkenntnis über den Tag hinaus Bestand hat, ist nicht selbstverständlich. Wir stehen an einer Wegscheide. Schreiben wir eine alte Politik, die alte Brüchigkeit, die alten Probleme fort und schaffen damit neue?

Oder treiben wir beherzt die nötigen Veränderungen voran und bauen Wirtschaft und Gesellschaft auf festem Grund wieder auf? Wir sind überzeugt, dass nur ein politischer Aufbruch nachhaltig aus der Krise führt. Nur, wenn wir Dinge grundlegend verändern, wenn wir aus Bekenntnis Wirklichkeit machen, werden wir diese und die anderen großen Herausforderungen – allen voran die Klimakrise – bewältigen. Widerstandsfähig gegen globale Krisen zu sein, ist der Schlüssel für eine neue Sicherheit im 21. Jahrhundert.

Corona und die Bekämpfung des Virus werden unser aller Leben, die gesellschaftlichen Debatten und die Politik noch lange Zeit prägen. Nach der Pandemie wird unsere Welt eine andere sein. Doch mit jedem Schritt voran – und sei er noch so klein – öffnet sich auch ein Fenster in die Zukunft.

Demokratie bewährt sich gerade in der Krise. Sie ist ein lernendes System, in dem mündige Bürgerinnen und Bürger frei über ihre Zukunft diskutieren. Das ist die Voraussetzung für Innovation. Aus den jetzigen Erfahrungen können und müssen wir Lehren für die Zukunft ziehen. Mit Corona enden die politischen Debatten nicht, sondern beginnen sie neu.

II. Handeln in der Pandemie

Deutschland hat die Pandemie entschlossen bekämpft und bislang das Gesundheitssystem vor einem Kollaps geschützt. Aber noch ist nichts gewonnen. Solange ein Impfstoff nicht verfügbar ist, wird das Corona-Virus eine andauernde Gefahr bleiben und wir werden voraussichtlich noch lange mit weitreichenden Einschränkungen leben müssen. Lockerungen sind weiter nur stufenweise und unter der Prämisse möglich, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird.

In dieser Ausnahmezeit ist Verhältnismäßigkeit das Gebot der Stunde. Es ist die Verantwortung des Staates immer wieder zu prüfen, ob die massiven Grundrechtseinschränkungen verhältnismäßig sind und ob es mildere Mittel gibt. Einschränkungen, genauso wie schrittweise Lockerungen, müssen entlang von klaren, nachvollziehbaren Kriterien so transparent wie möglich erklärt werden, um Verständnis, Akzeptanz und Vertrauen zu schaffen. Die Einschränkungen müssen geeignet, erforderlich und angemessen sein, die Folgewirkungen in den Blick nehmen, mögliche Alternativen betrachten und gründlich abgewogen werden. Sie sind zeitlich zu befristen und immer wieder aufs Neue zu begründen. Während es im Shutdown eine große Geschlossenheit gab, droht sich die Gesellschaft in Phasen der Lockerung zu spalten. Statt sich in Durchhalteparolen und Lockerungsübungen aufzureiben, brauchen wir eine andere, zielgenauere Strategie zur Bekämpfung des Virus, die auf Tests, schneller Nachvollziehbarkeit von Infektionen und auf Schutzmaßnahmen beruht. Wir müssen jetzt daran arbeiten, dass die Voraussetzungen dafür vor allem in den sensiblen Bereichen geschaffen werden. Lockerungen müssen sich am Gemeinwohl orientieren und dürfen nicht davon abhängen, welche Lobbygruppe die stärksten Einflussmöglichkeiten hat.

Mit dem Shutdown haben Bund und Länder die massivsten Grundrechtseingriffe in der Geschichte der Bundesrepublik sowie beispiellose Hilfspakete beschlossen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben diese Maßnahmen im Bundestag und auf Ebene der Landesregierungen mitgetragen, Vorschläge eingebracht und damit zu einem

schnellen, geschlossenen Handeln beigetragen. Auch so konnte breites Vertrauen in den notwendigen Shutdown entstehen. Wir stehen bereit, auch weiter die Last mit zu schultern. Dafür treiben wir mit eigenen Vorschlägen an, wo Handlungsbedarf besteht und bremsen, wo nötig. Fraktionen und Parlamente sind von den Regierungen im Bund und in den Ländern zwingend mit einzubinden. Sie sind der Ort der demokratischen Debatte, auch in Krisenzeiten.

Bei allem gesellschaftlichen Zusammenstehen werden jetzt zunehmend die politischen Versäumnisse der Bundesregierung sichtbar. Mit der gleichen Vehemenz, mit der wir in den Shutdown gegangen sind muss eine funktionierende, europäisch koordinierte Pandemiewirtschaft aufgebaut werden. Viele Unternehmen im Land sind bereit zu helfen, und ihre Produktion auf elementar notwendige Schutzgüter umzustellen. Doch wenn die Bundesregierung nicht koordiniert, funktioniert es nicht. Wir brauchen zuverlässige Zahlen über den notwendigen Bedarf, Abnahmegarantien, gegebenenfalls Investitionshilfen und Koordination bei Engpässen in den Lieferketten.

Testkapazitäten und die Versorgung mit Mund-Nase-Masken müssen drastisch gesteigert werden. Die Ausstattung mit Schutzkleidung ist gerade für die sozialen Hilfeeinrichtungen, für die Kinder- und Jugendhilfe, Frauenberatungsstellen oder Obdachlosenhilfe jetzt notwendig, nicht später. Sie müssen ebenso wie Pflegeheime mit Schutzmasken ausgestattet werden. Längst überfällige digitale Lösungen – etwa eine freiwillige Corona-Tracing-App als wichtiger Baustein in der Epidemiebekämpfung – gibt es noch immer nicht. Die Gesundheitsämter brauchen ausreichend Personal für regionale Taskforces.

Die Krise befeuert die sozialen Probleme und zeigt, wer keine Lobby hat: Familien, vor allem Alleinerziehende, und Kinder. So verschärft die Schließung von Schulen und Kindergärten die Chancenungleichheit für Kinder dramatisch. Zwischen ‚komplett geschlossen' und ‚alle sofort wieder rein', muss es Raum für Verhältnismäßigkeit und pragmatische Lösungen geben – tageweiser Kleingruppenunterricht, Schüler-Lehrer-Gespräche. Wenn im Betrieb Schichtsysteme eingeführt werden, klappt das auch in der Kita. Der Staat hat eine Fürsorgepflicht für Kinder und einen Bildungsauftrag.

Mit neuer Wucht wird sichtbar, wie sehr unser gesellschaftliches Leben und damit auch unser wirtschaftlicher Wohlstand immer noch darauf beruht, dass Frauen Kinder betreuen, sich ums Essen kümmern oder die Wohnung putzen. Kinderbetreuung darf aber nicht zur Privatsache werden, Familien müssen auf den Staat bauen können. Nötig ist zudem ein großer, umfassender sozialer Schutzschirm, der auch jene schützt, die arm sind, obdachlos, die Stress, Verhetzungen im Netz, häuslicher Gewalt, Depressionen oder Suizidgefahr ausgesetzt sind.

Je länger die Pandemie andauert, umso stärker rückt die Frage in den Vordergrund:Wie mit der Bedrohung durch das Virus leben lernen, ohne das öffentliche Leben langfristig drastischen Einschränkungen zu unterwerfen? Wir müssen uns jeden Tag aufs Neue – auch mit Blick auf eine mögliche neue Corona-Welle – damit auseinandersetzen, wie wir unter Pandemie-Bedingungen Bildung, Betreuung, Wirtschaft und Handel, Kultur- und Freizeitangebote sowie nicht

zuletzt die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben organisieren und gleichzeitig die Menschen bestmöglich vor Ansteckung schützen.

II. Klimakrise und Corona gemeinsam bekämpfen

Die Welt steht vor einer tiefgreifenden Rezession. Der internationale Währungsfonds prognostiziert, dass Corona zur schlimmsten Wirtschaftskrise seit der großen Depression der 1930er führen wird. Das ist eine tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Herausforderung, der wir uns in Europa gemeinsam und mit aller Kraft stellen müssen. Die Konjunkturprogramme müssen deshalb europäisch gedacht, bzw. in Europa aufeinander abgestimmt sein, damit sich alle Länder im europäischen Binnenmarkt entwickeln können. Niemand wird es alleine schaffen.

Für dieses historische Moment gibt es keine Blaupause. Die wirtschaftlichen Auswirkungen treffen fast alle Lebensbereiche und Branchen, aber sie treffen diese sehr unterschiedlich. Manche Unternehmen können dank Homeoffice nahezu weiter machen wie vor der Krise, haben aber haben weniger Aufträge. Einige verbleiben vielleicht noch monatelang im Shutdown und sehen kaum noch eine Perspektive. Andere können mit deutlichen Beschränkungen langsam wieder aufmachen, aber ihre Lieferketten funktionieren nicht. Dazu kommt, dass wir mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht die gesundheitspolitischen konterkarieren dürfen.

Anders als nach der Finanzkrise werden wir uns in Deutschland dieses Mal nicht einfach aus der Rezession herausexportieren können. Die Nachfrage ist global eingebrochen. Und wir müssen eine Antwort darauf finden, dass sich alte soziale Schieflagen durch Corona verschärfen und neue auftun.

Bei all dem ist die zweite große Aufgabe unserer Zeit, die Klimakrise, zu bewältigen. Wir erleben nach zwei Hitzesommern schon die nächste Dürre. Knochentrockene Äcker, Waldbrände im April, das ist auch die Realität in unserem Land. Und gegen die Klimakrise wird es keinen Impfstoff geben. Nicht in diesem Jahr und auch in keinem anderen. Wir werden als Weltgemeinschaft scheitern, wenn die jetzt geplanten Maßnahmen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen noch beschleunigen.

Es ist daher entscheidend, jetzt die Weichen richtig zu stellen. Ohne Frage ist die Rezession mit voller Kraft zu bekämpfen, Jobs und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Tun wir das aber mit einer alten Politik und alten Mitteln, produzieren wir neue Unsicherheit und steuern auf gigantische soziale und wirtschaftliche Schäden zu. Unser Handlungsrahmen müssen der Pariser Klimavertrag und die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung sein.

Vor der Pandemie hatte ein breites Bündnis aus Unternehmen, Klimabewegung, Gewerkschaften, Forscher*innen und Wissenschaftler*innen, die Chancen erkannt, die in einem Aufbruch liegen, der Klimaschutz, ökonomische Dynamik und sozialen Ausgleich zusammenbringt. Wir haben eine doppelte Aufgabe und doppelte Chance**:** die durch Corona bedingte Wirtschaftskrise und die Klimakrise zusammen anzugehen. So wird der Europäische Green Deal zum Pakt für die Transformation der Wirtschaft.

Es wird massive Anstrengungen und beispiellose Programme brauchen, um diese Herausforderungen zu lösen. Jetzt ist die Zeit großer und kreativer Antworten und entschlossenen Handelns. Wir müssen auf der einen Seite kurzfristig stimulieren und stabilisieren, und zudem den Kurs in Richtung Klimaneutralität und Zukunftsfähigkeit setzen. Dabei ist völlig klar: Ein solches Konjunkturprogramm ist auch innerhalb von vielen Jahren so nur ein Mal leistbar. Umso entschiedener und vorausschauender muss jetzt der richtige Weg zum Wiederaufbau eingeschlagen werden.

III. Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise – sozial und ökologisch

Es braucht Direkthilfen für die Branchen, die im Shutdown stillstehen müssen und Konjunkturstimuli für die, die langsam wieder anlaufen.

Dabei ist klar, dass aus Steuermitteln finanzierte Wirtschaftshilfen in der Rezession an Vorgaben gekoppelt werden müssen: Wenn Aktienkonzerne Dividenden auszahlen, Unternehmen Firmensitze in Steueroasen haben oder Manager*innen-Boni auszahlen, können sie keine Hilfe vom Staat erwarten. Unternehmen, die in der Krise mit staatlichen Geldern unterstützt wurden und in Zukunft wieder Dividenden auszahlen wollen, müssen diese Hilfen an den Staat zurückzahlen.

Für dieses Jahr sollte ein deutsches Konjunktur-Sofortprogramm von etwa 100 Milliarden Euro vorbereitet werden, das dann schnell greifen kann, wenn die medizinische Lage ein stärkeres Wiederanfahren des ökonomischen Lebens erlaubt. Stimulieren wir dann schnell die Konjunktur, verhindern wir, dass Millionen Menschen in unserem Land durch die Folgen von Corona in Existenznöte geraten, Pleitewellen unsere Innenstädte veröden lassen, dass das, was uns lieb und teuer ist, Kultur, Reisen, dauerhaften Schaden nimmt. Es braucht dabei Unterstützung gerade für die Schwächsten. Die Maßnahmen sind auf die Dauer der Krisenbewältigung zu befristen und immer wieder zu überprüfen.

Für dieses Sofortprogramm schlagen wir folgende Eckpunkte vor:

Lokalen Einzelhandel stärken – Pleitewellen verhindern

- Der lokale Einzelhandel und insbesondere die inhabergeführte Gastronomie sowie Kultureinrichtungen leiden durch die Krise massiv. Der Einzelhandel hat bereits weitere Marktanteile an den Onlinehandel verloren. Um eine Verödung unserer Innenstädte zu verhindern, soll für die zweite Jahreshälfte ein Fonds in Höhe von 20 Milliarden Euro aufgelegt werden, der sich zusammensetzt aus Kaufanreizen, in Form von Kauf-Vor-Ort-Gutscheinen sowie direkten Zuschüssen, um die Nachfrage, dort wo nötig, zu stimulieren und eine Belebung der Innenstädte als gesellschaftliche Räume zu schaffen.

- Es braucht zudem gezielt einen Fonds für weiterhin geschlossene Kultureinrichtungen und Betriebe, um deren Fortbestand zu sichern, gerade für kleine Veranstaltungsorte – dies ist wirksamer und fairer als das von der Bundesregierung geplante Umtauschsystem.

Soziale Absicherung verbessern – Kaufkraft erhalten

- Krisenbedingt soll ein ALG2-Sonderbedarf von 100 Euro für Erwachsene eingeführt und für Kinder im Bildungs- und Teilhabebezug der Sonderbedarf um 60 Euro erhöht werden. Alle gesellschaftlichen Gruppen sollten einen

Zugang zur Grundsicherung haben. Wir wollen zudem temporär das BAföG auch für Studierende öffnen, die sonst nicht förderberechtigt sind, da ihnen derzeit vielfach die Nebenverdienstmöglichkeiten wegbrechen.

- Solange Kitas und Schulen nicht wieder in vollem Umfang geöffnet haben, sollen Eltern, die deshalb ihre Kinder betreuen, die Möglichkeit haben, in Elternzeit zu gehen und dafür ein Corona-Elterngeld erhalten. Das Elterngeld soll so gestaltet sein, dass es Anreize für eine gleichberechtigte Kinderbetreuung setzt.

- Das Kurzarbeitergeld soll auf 90 Prozent für Einkommen bis 1.300 Euro erhöht und bis zu 2.300 Euro degressiv auf 60 Prozent abgesenkt werden. Wir wollen verhindern, dass kleine Selbständige einen Antrag auf Grundsicherung stellen müssen. In Bereichen, die einen längeren Shutdown erfahren, soll deshalb eine Art Kurzarbeitergeld gezahlt werden. Die Leistung sollte bei 55 Prozent des jeweiligen Steuergewinns der letzten Jahre liegen, maximal bei 1.500 Euro/Monat.

Ökologische Modernisierung der Industrie beschleunigen

Um den Industrieunternehmen zu helfen, die durch die Pandemie in Existenznöte geraten, wollen wir großzügige staatliche Unterstützung anbieten. Dabei sollen die Investitionen gleichzeitig der ohnehin notwendigen ökologischen Modernisierung dienen, damit die Unternehmen den Einstieg ins klimaneutrale Zeitalter nicht verpassen, indem sie jetzt falsch abbiegen. Direkte Hilfen sollen daher die Investitionen fördern, die einem der sechs EU-Umweltziele dienen (Taxonomie). Und: Firmen müssen bestimme Sozialstandards einhalten. Zudem sollte der Vorschlag des Sustainable-Finance-Beirats der Bundesregierung aufgegriffen werden: Wenn Unternehmen belegen, dass sie nach dem Pariser Klimaabkommen wirtschaften, sollten sie einen Teil der Kredite, die der Staat jetzt als Hilfen ausgibt, am Ende der Tilgung erlassen bekommen.

Unsere Vorschläge:

- Über eine direkte Innovations- und Investitionsförderung wollen wir Investitionen in transformative CO_2-freie Verfahren und Prozesse durch direkte Zuschüsse für sogenannte Leuchtturmprojekte fördern. Damit wollen wir EU-Förderprogramme ergänzen und zudem über degressive Abschreibungen der getätigten Investitionen für transformative CO_2-freie Industrieprozesse in Höhe von mind. 25 Prozent auch steuerlich Anreize setzen.

- Wir wollen für die Bürger*innen und insbesondere mittelständische Unternehmen den Strompreis senken, indem die EEG-Umlage ab dem 1. Juli 2020 um fünf Cent je Kilowattstunde reduziert wird. Das setzt langfristig ökologisch richtige Anreize, denn wir brauchen die Elektrifizierung weiterer Sektoren. Bis Ende 2021 kann damit zudem ein Kaufkraft-Effekt von 22 Milliarden Euro erreicht werden. Mittelfristig finanziert sich die Maßnahme durch die Einnahmen aus dem CO_2-Preis.

- Wir wollen den Einstieg in die grüne Wasserstoffwirtschaft beschleunigen. Damit treiben wir sowohl in Industriebranchen wie Stahl und Chemie als auch im Luft-, Schiffs- und Güterverkehr gezielt Klimaschutz als auch höhere Investitionen an. Dazu gewähren wir Investitionszuschüsse für

Wasserstoff-Pipelines und schaffen Innovations- und Experimentierräume, um verschiedene Geschäftsmodelle und Anwendungen besser erproben zu können.

- Mit Klimaverträgen wollen wir Investitionssicherheit gerade in der klimaintensiven Industrie schaffen. Damit wollen wir die Differenz zwischen dem aktuellen CO_2-Preis und den tatsächlichen CO_2-Vermeidungskosten erstatten, welche den Unternehmen durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen. Dafür werden die besten Projekte in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren ermittelt und mit den betreffenden Unternehmen Klimaverträge (Carbon Contracts for Difference) abgeschlossen.

- Für Investitionen von Unternehmen sollte, wie schon in der Finanzkrise, eine auf zwei Jahre befristete degressive Sonder-Afa eingeführt werden.

- Wir unterstützen die energieintensiven Rechenzentren finanziell dabei, ihren Stromverbrauch zu senken und auf erneuerbare Energien sowie energieeffiziente Wasserkühlsysteme umzustellen. So leisten wir auch einen Beitrag, um die digitale Souveränität Europas voranzubringen.

Die Automobilindustrie ist ein Schlüsselsektor unserer Industrie mit massiver Bedeutung für hunderttausende Arbeitsplätze und zahllose Zulieferer. Schon vor der Corona-Pandemie steckte die Automobilwirtschaft in einer Krise, diese hat sich nun massiv verschärft. Unternehmen und Beschäftigte sind sehr verunsichert, wie es weitergehen kann, welche Marktentwicklung eintreten wird, ob Arbeitsplätze gesichert werden können. Wir schlagen ein Zukunftsbündnis von Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltverbänden vor, um die Rezession zu überwinden, die ökologische Transformation voranzubringen und Beschäftigung zu sichern. Dieses verbindet zielgerichtete kurzfristige Hilfen mit dem dringend notwendigen Aufbruch in Richtung Elektromobilität. Dazu gehören ökologische Kaufanreize und finanzielle Hilfen bei der Modernisierung. Im Gegenzug müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut und in der Kfz-Steuer ein Bonus-Malus-System eingeführt werden, wodurch emissionsintensive Wagen wie SUVs stärker und emissionsärmere Fahrzeuge geringer belastet werden. Zudem müssen Quoten für emissionsfreie Mobilität eingeführt und die EU-Flottengrenzwerte entsprechend dem Pariser Klimavertrag angepasst werden.

Staatliche Beteiligungen an Unternehmen sind an die Bedingung von ökologischen und sozialen Kriterien für die jeweiligen Branchen gebunden. Ähnlich wie die Autobranche ist auch die Luftfahrt hart getroffen. Analog zur Autobranche müssten staatliche Hilfen an ordnungsrechtliche Vorgaben gekoppelt werden. Wie in anderen europäischen Ländern gilt es in diesem Zuge, eine CO_2-Reduktionssstrategie für die Luftfahrt vorzulegen, zum Beispiel durch Streckenschließungen für kürzere Inlandsflüge, Ausweitung des Nachtflugverbots oder die Erneuerung der Flugzeugflotte durch effizientere und schadstoffärmere Flugzeuge.

IV. Investitionen in die Zukunft

Wir sollten jetzt ein zehnjähriges Investitionsprogramm von 500 Mrd. Euro vorbereiten. Allein in unseren Kommunen besteht ein Sanierungsstau von 138 Mrd. Euro, und hier sind ökologische Investitionen etwa in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs noch gar nicht einbezogen. Es braucht gerade jetzt

starke Kommunen, die vor Ort handlungsfähig sind, sei es bei den Sozialdiensten oder Frauenhäusern. Die Investitionen des Staates müssen deshalb nicht nur in der Krise, sondern dauerhaft auf ein höheres Niveau gebracht werden. Die ökonomischen Forschungsinstitute der Unternehmen und Gewerkschaften kommen auf einen Investitionsbedarf von über 450 Mrd. Euro. Hinzu kommen Investitionen in unser Gesundheitssystem, deren Notwendigkeit uns durch Corona vor Augen geführt wurde. Allein unsere Krankenhäuser haben einen zusätzlichen Investitionsbedarf von mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr. Und in der Pflege sind die Herausforderungen ebenfalls groß.

Bundes- und Landespolitik sollten alles tun, um diese Investitionen auf den Weg zu bringen. Dazu gehört, Planungsprozesse jetzt zu starten und das Planungsrecht zu entbürokratisieren bzw. Regelungen befristet auszusetzen. Gerade jetzt sollte die öffentliche Hand Planer*innen und Projektsteuernde einstellen und die Genehmigungsbehörden aufstocken, damit die zusätzlichen Investitionen auch verbaut werden können. Dazu sollte der Bund durch eine Verwaltungsvereinbarung einen Fonds mit den Ländern auflegen, aus dem zusätzliche Planungsstellen über den Zeitraum von mindestens fünf Jahren bezahlt werden können. Viele Investitionen liegen bei den Kommunen, und viele von Ihnen werden durch Altlasten erdrückt. Der Bund sollte den Kommunen einen großen Teil ihrer Altschulden abnehmen, da er sie dauerhaft zu niedrigen und derzeit sogar negativen Zinsen refinanzieren kann.

Dieses riesige Investitionsvolumen ist gut angelegtes Geld, sowohl um eine große globale Depression mit unvorhersehbaren gesellschaftlichen und politischen Folgen zu verhindern, als auch um krisenfestere und nachhaltige neue Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Natürlich steigen dadurch die Schulden. Die öffentlichen Haushalte werden in den nächsten Jahren unter dem Druck der Tilgung dieser aufgenommenen Kredite stehen. Gleichzeitig dürfen wichtige Zukunftsinvestitionen nicht der Krise geopfert und keine Einschnitte bei der kommunalen Grundversorgung, der Infrastruktur und der sozialen Sicherung vorgenommen werden. Für eine nachhaltige Finanzierung der Kosten der Corona-Krise ist deshalb eine Kreditfinanzierung mit sehr langen und flexiblen Tilgungszeiträumen notwendig. Und Deutschland zahlt auf seine Schulden derzeit keine Zinsen. Eine zu schnelle, restriktive Tilgung würde die wirtschaftliche Erholung und Investitionsfähigkeit des Staates gefährden. Wir müssen deshalb die Schuldenbremse reformieren, um mehr kreditfinanzierte Investitionen zu ermöglichen. Immer wieder hat Deutschland nach besonderen Herausforderungen (Zweiter Weltkrieg, Wiedervereinigung) besondere Formen des Lastenausgleichs gefunden. Entsprechend brauchen wir zur Tilgung der Schulden einen solidarischen Ausgleich nach dem Prinzip: Wer starke Schultern hat, kann mehr tragen.

V. Unser Gesundheitssystem stärken

Die Corona-Epidemie legt die Stärken und Schwächen unseres Gesundheitssystems offen. Unser Gesundheitswesen verfügt über ein gut ausgebautes System der Diagnostik, eine im europäischen Vergleich gute Akutversorgung mit zahlreichen Intensivbetten und eine gute technische Ausstattung. Zugleich ist aber deutlich geworden, dass insbesondere bei der personellen Situation in der Pflege, in der

kommunalen Gesundheitsversorgung, bei der digitalen Vernetzung sowie bei der Beschaffung und Bevorratung von Schutzausrüstung erhebliche Defizite bestehen, die behoben werden müssen.

Jetzt müssen wir unser Gesundheitssystem akut so gut stärken, wie es nur geht, um dieser Epidemie Herr zu werden. Die Vorhaltung von Reservekapazitäten für den Ernstfall und eine gute und gut bezahlte Personalausstattung müssen Vorrang haben und gehören ins Zentrum unserer Anstrengungen. Das sollte durchaus ökonomisch geschehen, aber Sicherheit geht vor. Das heißt konkret, dass uns als Gesellschaft die Investitionen in medizinische und pflegerische Infrastruktur und Investitionen in Pandemiemanagement mehr Geld wert sein müssen als bisher. Wir brauchen eine deutliche Aufwertung und berufsständische Stärkung der Pflege, attraktivere Arbeitsbedingungen und eine bessere Personalausstattung. Wir müssen die über Jahre ausgedünnten öffentlichen Gesundheitsdienste, insbesondere die Gesundheitsämter, besser ausstatten und die Arbeitssituation für die Menschen im Gesundheits- und Pflegebereich verbessern. Um die Löhne in der Pflege zu verbessern, sollen die Tarifparteien die Verhandlungen für eine tarifliche Bezahlung in der Pflege baldmöglichst fortsetzen, damit eine Einigung zeitnah für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Sollte das trotz laufender Verhandlungen nicht erreicht werden, müssten gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden. So könnte in einem nächsten Schritt die soziale Pflegeversicherung dazu verpflichtet werden, nur mit Arbeitgebern Verträge zu schließen, die tariflich zahlen.

Der durch die Krise teilweise entstehende Schwung bei der Digitalisierung unseres Gesundheitswesens muss genutzt werden, um Telemedizin und andere für die Versorgung und die Forschung sinnvolle digitale Angebote auszubauen. Forschungsdaten sollen unter Wahrung des Persönlichkeitsschutzes leichter ausgetauscht werden können, genauso wie medizinische Logistik. Wir wollen einen Investitionspakt von Bund und Ländern, um Krankenhäuser, aber auch den öffentlichen Gesundheitsdienst bei den notwendigen Investitionen für die digitale Infrastruktur zu unterstützen.

Mit digitaler Epidemiologie lässt sich aus einer Vielzahl anonymisierter Daten der Gesundheitsstatus der Bevölkerung in Echtzeit analysieren, um so gezielter eingreifen und einer künftigen Epidemie besser begegnen zu können. Nicht nur dafür muss das E-Government der Verwaltung in Deutschland mit Hochdruck entwickelt werden. Unsere Virolog*innen sind weltweit Spitze und die Forschungseinrichtungen sind es auch. Wenn hingegen heute noch Gesundheitsdaten per Fax von Amt zu Amt versendet werden müssen, weil es technisch anders nicht geht, kostet uns das jetzt im Kampf gegen Corona wertvolle Zeit.

VI. Recht auf Bildung, auch in der Pandemie

Das Coronavirus hält auch der Bildungspolitik den Spiegel vor. Da sind die immer noch enormen Ungerechtigkeiten, die das deutsche Bildungssystem hervorbringt – sichtbar zum Beispiel in der unterschiedlichen technischen Ausstattung von Schulen. Da sind die vielerorts mangelhaften baulichen und sanitären Zustände von Bildungseinrichtungen, die in Pandemiezeiten noch größere Probleme als sonst hervorrufen. Da ist, allen Beteuerungen zum Trotz, der immer noch viel geringe

Stellenwert der frühkindlichen Bildung, wenn wieder nur unter dem Label „Betreuung“ über Kitas gesprochen wird. Was hier in den ersten Jahren pädagogisch versäumt wird, kann vielfach kaum nachgeholt werden.

Auf der anderen Seite macht das Engagement vieler Akteur*innen Mut für einen echten Bildungsaufbruch. Bildungsverantwortliche, Schulleitungen, Kommunen, pädagogische Fach- und Lehrkräfte, aber auch Eltern und Schüler*innen finden neue, pragmatische und kreative Lösungen in der schwierigen Situation: Sei es der Unterricht im Park oder die Vertretung der aus medizinischen Gründen abwesenden Musiklehrerin durch einen Musiker, der derzeit ohne Engagement ist.

Es geht beim Lernen aus der Krise nicht nur um ein bisschen Digitalisierung, es geht darum, das Bildungssystem so auszurichten, dass Menschen selbstbestimmt, nachhaltig und aufgeklärt handeln können.

Die Digitalisierung an den Schulen braucht dauerhaft finanzielle Unterstützung vom Bund, nicht nur einen einmal gefüllten, befristeten Fördertopf. Die Megaaufgabe Digitalisierung in der Bildung können Bund und Länder nur gemeinsam schaffen. Die Bereitschaft auf allen Seiten, das deutsche Bildungssystem an die digitale Welt anzuschließen, war nie so groß wie heute.

Um den Ungerechtigkeiten im Bildungssystem entgegenzuwirken, ist der weitere Ausbau guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote zentral. Hier könnte die Krise möglicherweise alte Blockaden aufbrechen: Wenn für eine längere Zeit der klassische Bildungsbetrieb nur eingeschränkt stattfinden kann, sollten Kitas und Schulen die Möglichkeit haben, unbürokratisch und flexibel neue Lern- und Freizeit-Angebote zu schaffen. Schulen sollen dafür ein Budget erhalten, das im Rahmen eines sozialen Schutzschildes aus dem Mitteln des Bundes kommt. Zusätzlich ist ein Aufholprogramm für Schulen in benachteiligten Regionen und Stadtteilen nach der Krise nötiger denn je, damit jene, die schon vor Corona drohten, abgehängt zu werden, den Anschluss nicht verlieren.

VII. Eine neue Chance für Europa

Ganz Europa ist von der Corona-Krise betroffen. Unser Kontinent ist derzeit die Region mit den meisten Infizierten weltweit. Alle sind betroffen, manche Regionen, wie die Lombardei, das Elsass, Madrid ganz besonders. Wie schon in der letzten Finanzkrise und der Flüchtlingskrise haben einige europäische Staaten auch in der Corona Krise unsolidarisch und uneuropäisch gehandelt. Die Pandemie darf die Spaltung in der EU nicht noch weiter verschärfen. Wenn Europa jetzt nicht zusammensteht, springen andere in die Lücke und versuchen ihren geopolitischen Einfluss noch weiter auszudehnen. Aber es gibt viele Beispiele europäischer Solidarität, die Mut machen, dass die europäische Idee in dieser Zeit besteht: europäische Patient*innen werden in deutschen Krankenhäusern behandelt, über europäische Städtepartnerschaften wird kommunale Hilfe organisiert, viele Personen aus der Zivilgesellschaft haben individuelle Initiativen gestartet. Wir müssen diese Krise als Wendepunkt begreifen die Gemeinschaft zu vertiefen. Dann kann Europa sogar gestärkt aus ihr hervorgehen.

Wir wollen so schnell wie möglich zu den offenen Grenzen des Schengen-Raums zurückkehren. Bei der Bekämpfung von Corona muss Europa zu seinen Werten stehen

und offen bleiben. Grenzkontrollen und Einreiseverbote müssen medizinisch begründet, abgestimmt und verhältnismäßig sein. An die Stelle willkürlicher Grenzkontrollen auf nationaler Ebene sollten zielgerichtete Beschränkungen auf regionaler Ebene (die dann durchaus auch grenzübergreifend gelten) treten. Die Kriterien müssen nicht überall zu einhundert Prozent identisch, aber wirkungsgleich sein. Wo notwendig, muss an den Grenzen auf die Frage des effektiven Gesundheitsschutzes fokussiert werden.

Europa braucht eine Koordinierung der Strategien aus dem Shutdown, auch um zu verhindern, dass Lieferketten unterbrochen werden. Eine europäische Pandemiewirtschaft sollte eine massive Produktion an medizinischer Ausrüstung zum Ziel haben. Die Staaten sollten die Beschaffung gemeinsam organisieren bzw. untereinander abstimmen, um zu verhindern, dass man sich gegenseitig Konkurrenz macht. Die europäischen Anstrengungen in der Impfstoffforschung sollten verstärkt werden. Wir fordern einen EU-Corona-Forschungsfonds für Medikamente und Impfstoffe, die dann unter Gemeinwohllizenz vermarktet werden. Für die Zeit nach der Pandemie sollte das European Center for Desease Prevention and Control (ECDC) in die Lage versetzt werden, bei zukünftigen Pandemien schnell Unterstützungsleistungen für besonders betroffenen Länder zu leisten, damit kein Krankenhaus in Europa in die Lage kommt, Menschen nicht angemessen medizinisch versorgen zu können. Die bevorstehende deutsche Ratspräsidentschaft sollte auch genutzt werden, um die Arzneimittelproduktion wieder verstärkt in Europa anzusiedeln, um in diesen lebenswichtigen Bereichen nicht von transkontinentalen Lieferketten abhängig zu sein.

Mit den Entscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) konnte eine neuerliche Finanz- und Währungskrise fürs Erste abgewehrt werden. Wieder einmal musste die EZB einspringen, weil die Staats- und Regierungschefs nicht in der Lage waren, umfassende Maßnahmen wie gemeinsame Corona-Bonds für die Krisenbewältigung zu beschließen. Das jetzt vereinbarte Paket aus ESM-Hilfen, Unternehmenskrediten über die Europäische Investitionsbank und das europäische Kurzarbeitergeld ist ein erster Schritt, aber unzureichend.

Wenn jetzt in Ländern wie Spanien und Italien aus Angst vor einer Überschuldung zu wenig getan werden kann, trifft das nicht nur die dortige Bevölkerung hart, sondern am Ende alle Mitglieder der Union. Gerade die deutsche Wirtschaft ist eng verknüpft mit diesen Ländern. Wenn dort keine deutschen Produkte mehr gekauft werden, führt dies zu einer stark steigenden Arbeitslosigkeit bei uns. Und wenn dort die Produktion wegen der Pandemie nicht wieder anlaufen kann, stehen wegen der verwobenen Lieferketten hierzulande Bänder still. Nur wenn Italien wieder auf die Beine kommt, wird Deutschland es auch. China wird versuchen, sich in der kommenden Rezession in die europäische Wirtschaft einzukaufen, und Putin die Möglichkeit nutzen, um europäischen Demokratien zu destabilisieren. Nur wenn Europa seine Interessen gemeinsam wahrnimmt, werden insbesondere Süd- und Osteuropa diese Angebote ablehnen können

Diese europäische Antwort muss einen gemeinsamen Recovery Fund beinhalten, der durch gemeinsame Anleihen finanziert wird, um so die Krisenlasten gemeinsam und solidarisch zu schultern. Die Ausgaben sollten sich an den Pariser

Klimaschutzzielen und dem Green Deal orientieren. Der Recovery Fund hat einen Umfang von mindestens einer Billion Euro und ist damit dem Ernst und der Größe der Herausforderung angemessen. Die Verschuldung zählt nicht in die nationalen Schuldenquoten. Vielmehr ermöglicht die gemeinsame Haftung Zinsen unterhalb der Inflation.

Während viele Unternehmen, insbesondere Mittelständler und der Einzelhandel in den Innenstädten, gerade leiden, machen große Digitalkonzerne riesige Gewinne. Zugleich zahlen sie weniger Steuern als vergleichbare traditionelle Unternehmen. Deshalb wäre jetzt spätestens der Zeitpunkt, dass sich die Bundesregierung diesem Steuerdumping entgegenstellt und ihre Blockade bei der europäischen Digitalsteuer aufgibt. Schon der Vorschlag der EU-Kommission, die Umsätze digitaler Großunternehmen an dem Ort, wo sie tätig sind, mit drei Prozent zu besteuern, würde zu geschätzten Einnahmen von fünf Milliarden Euro führen. Wenn einzelne EU-Mitgliedstaaten weiterhin blockieren, braucht es eine Koalition der Willigen als ersten Schritt zu einer europäischen und globalen Lösung.

In der Krise erweist sich, dass das jahrelange Bremsen und Verweigern der deutschen Bundesregierung in zentralen europäischen Fragen als schwere Hypothek. Nach der Krise müssen in der Europäischen Union die seit Jahren aufgeschobenen Entscheidungen zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, wie beispielsweise ein eigener EU-Haushalt mit einem eigenen fiskalpolitischen Instrument, der Umgang mit Handelsungleichgewichten und die Vollendung der Bankenunion endlich angegangen werden. Ein größerer EU-Haushalt ab 2021 bedeutet auch einen größeren deutschen Beitrag und mehr Möglichkeiten für die Union, eigene Einnahmen zu generieren. Um Europa neu aufzustellen muss die Bundesregierung nicht jeden Vorschlag anderer Länder übernehmen, sie muss aber endlich auch eigene konstruktive Vorschläge machen, um die Probleme zu lösen und nicht weiterhin nur verweigern und im Falle einer Krise die gesamte wirtschaftspolitische Verantwortung der Europäischen Zentralbank zuschieben. Zu den notwendigen Fragen gehört auch die Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Die Welt wird nur im Geist der Kooperation gut durch diese Pandemie kommen. So vernetzt sie ist, so kurzsichtig egoistisch handeln derzeit die meisten Nationalstaaten. Wenn Europa kooperativ und solidarisch vorangeht, schaffen wir eine starke und unwiderstehliche Gegenerzählung mit globaler Wirkung. Die ganze Welt kämpft gegen diese Corona-Pandemie. Deshalb müssen in der Pandemie die Zölle für überlebenswichtige Produkte wegfallen und Exportbeschränkungen aufgehoben werden. Sieben Milliarden Menschen warten auf einen Impfstoff und Medikamente gegen COVID-19. Es muss dafür gesorgt werden, dass beides, sobald vorhanden, global, schnell und zu einem günstigen Preis verfügbar ist.

Wir müssen deshalb über eine Lockerungen der Regeln geistigen Eigentums nachdenken und die Besitzer*innen geistigen Eigentums dazu aufrufen, günstige Lizenzen in einem internationalen Patentpool anzubieten, der über die WTO koordiniert wird – insbesondere für einen neu entwickelten Impfstoff oder eine anerkannte Therapie. Die globale Rezession droht in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein Brandbeschleuniger der Schuldenkrise und damit von Armut,

Flucht und Konflikten zu werden. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die Schulden des globalen Südens erlassen werden. Weiterhin braucht es eine deutliche Erhöhung der Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds, um besser gegen spekulative Kapitalflucht gewappnet zu sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass globale Ungleichheiten noch weiter verschärft werden. Wir brauchen ein globales Hilfspaket gegen das Corona-Virus und seine Folgen und eine Stärkung der Vereinten Nationen.

Wir unterstützen die Forderung des UN-Generalsekretärs nach weltweiten Waffenstillständen. Die Bundesregierung sollte ihren Einfluss bei den europäischen und internationalen Partnern geltend machen, um auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Sie muss schnell ausreichende zusätzliche Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung stellen. Gleichzeitig dürfen die internationale Gemeinschaft und die deutsche humanitäre Hilfe sowie die Entwicklungszusammenarbeit nicht bei Maßnahmen in bestehenden Gesundheitsprogrammen nachlassen.

VIII. Stärker aus der Krise

Die Pandemie führt uns vor Augen, was wir vermissen und unbedingt wiedergewinnen wollen: unsere Freiheit, soziale Nähe und die Vielschichtigkeit unseres Lebens; den öffentlichen Raum; Kitas, Schulen und Hochschulen; den direkten Austausch mit den Kolleg*innen am Arbeitsplatz; Kultur und das bunte Leben, mit Kneipen, Kinos, Konzerten, lebendigen Innenstädten, die uns weiter fehlen und die jetzt um ihre Existenz kämpfen; unser vereintes und offenes Europa.

Der Shutdown hat uns auch gezeigt, was wir stärker wertschätzen und fördern müssen:

Die Klugheit einer aufgeklärten Gesellschaft, die fähig ist präventiv zu handeln; in einem funktionierenden demokratischen Rechtsstaat zu leben; unsere öffentliche Daseinsvorsorge, ein lebendiges Gemeinwesen vor Ort und ein starker Sozialstaat; unabhängige Qualitätsmedien und den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk; solidarische Menschen und einen solidarischen Staat; saubere Luft auch in den Städten und staufreie Straßen; die Möglichkeit des Homeoffice; ein parlamentarisches Miteinander zwischen Regierung und Opposition, das gemeinsam Dinge löst, statt nur gegeneinander zu arbeiten.

Nicht zuletzt führt uns die Corona-Krise vor Augen, was wir in der Vergangenheit versäumt haben. Es gab Pandemiewarnungen und sogar Pandemienotfallvorkehrungen mit Drucksachennummer des Bundestages, aber in der Realität, als Gesellschaft waren wir nicht ausreichend vorbereitet. Wir müssen Resilienz noch lernen. Dazu gehört, dass wir bei der Arzneimittelproduktion und zentralen Utensilien für Seuchenbekämpfung nicht allein auf den Markt setzen können. Wir müssen in Europa selbst in der Lage sein, die zentralen medizinischen Produkte und Medikamente zu produzieren, ebenso wie Lebensmittel die wir zum Leben in einer Notlage brauchen. Dazu gehört, dass wir kritische Infrastrukturen, beispielsweise vor weitreichenden IT-Angriffen, besser schützen. Wir müssen die Digitalisierung voranbringen, wir müssen Europa und multilaterale Institutionen stärken und wir müssen verstehen, dass der Raubbau an den natürlichen Ökosystemen das Risiko von

Epidemien erhöht. So haben Ausbrüche von Infektionskrankheiten in den letzten 40 Jahren immer stärker zugenommen. Circa zwei Drittel davon sind Zoonosen, also Krankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen wurden. Wir müssen die Ursachen für Zoonosen stärker bekämpfen und uns zugleich wappnen, Epidemien zukünftig besser einzudämmen.

Nur wenn wir uns selbstkritisch reflektieren, können wir uns besser gegen zukünftige hereinbrechende Katastrophen wappnen. Vorsorge ist politisch das Schwierigste überhaupt. Aber Corona führt uns jeden Tag vor Augen, wie wichtig sie ist. Entsprechend geht es uns mit diesem Antrag darum, über die unmittelbare Krisenbekämpfung hinaus Leitlinien für die nächsten Schritte zu beschließen und die richtigen Lehren aus der Erfahrung der letzten Wochen zu ziehen. Wir wollen schneller sein als das Virus, damit seine schlimmsten Folgen verhindert werden können und wir stärker aus der Krise kommen als wir hineingegangen sind.

Begründung

Die Entwicklungen in der Corona-Krise sind rasant. Wir möchten möglichst aktuell auf die Geschehnisse sowie die Entscheidungen des Deutschen Bundestages in der vergangenen Woche reagieren und legen den Leitantrag deshalb als Dringlichkeitsantrag vor.